

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Reichsallee 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die entscheidende Woche.

London, 2. Juli. (WIB.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt: Wir haben den schwierigsten Augenblick in den französisch-englischen Beziehungen erreicht. Von dem, was diese Woche geschieht, kann die künftige Freundschaft zwischen beiden Ländern abhängen. Es ist zweifellos und gefährlich, sich in Prophezeiungen zu ergen, welche Wege Frankreich und Großbritannien in dem einen oder anderen Falle einschlagen werden. Frankreich ist der Auffassung, daß es seine Haltung nicht vollständig ändern kann, ohne sich zu demütigen.

Englischer Druck auf Frankreich.

London, 2. Juli. (Gca.) Die englische Wochenschrift „Observer“ veröffentlicht heute einen (auch von Reuters auszugswweise wiedergegebenen) längeren Artikel ihres diplomatischen Mitarbeiters, der sich mit der für Montag erwarteten französischen Antwort an England befaßt. Das Blatt glaubt, die englische Regierung werde sich keinesfalls mit einer mündlichen französischen Antwort zufrieden geben. Lord Curzon habe in seiner letzten Besprechung mit Poincaré einen Augenblick die übliche diplomatische Höflichkeit beiseite gelassen, und kategorisch verlangt, daß Frankreich nunmehr eine deutliche Antwort

geben müsse. Die Fragen des englischen Fragebogens seien außerordentlich klar und die englische Regierung sei entschlossen, eine schriftliche Antwort zu verlangen und halten jeden Meinungs-austausch zwischen London und Paris unmöglich, solange die französische Regierung keine schriftliche Darlegung ihrer Politik gegeben habe. Falls sich die französische Regierung weigere, in diesem Punkte nachzugeben, dann könne man in wenigen Tagen eine bedeutsame Aktion

der englischen Regierung erwarten. Es sei wahrscheinlich, daß die englische Regierung die Veröffentlichung ihres Fragebogens dazu benutzen werde, um eine Darlegung ihrer Politik zu geben und gleichzeitig in einer Erklärung darlegen werde, wozu die französische Politik Europa treibe. Die Regierungserklärung würde gleichzeitig versichern, daß die englische Regierung entschlossen sei, mit allen Mitteln eine wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland zu verhindern und werde nötigenfalls auch allein auf das letzte deutsche Angebot antworten und auf dieser Grundlage in

geforderte Verhandlungen mit Deutschland eintreten. Wenn Frankreich sich weigere, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, so könne man das nicht ändern. Die englische Regierung sei entschlossen, eine Entscheidung Frankreichs in den nächsten Tagen herbeizuführen. Gegebenenfalls müsse man die Reparationsfrage auf einer ganz neuen Basis verhandeln. Man habe bisher noch nicht der Tatsache Rechnung getragen, daß außer Italien und Belgien auch die Neutralen ein vitales Interesse daran hätten, daß Europa nicht in dem augenblicklichen wirtschaftlichen Chaos verbleibe. Es sei infolgedessen sehr leicht möglich, daß eine Konferenz der Neutralen

stattfinden werde, an der auch England, Italien und Belgien teilnehmen würden, und auch ohne Frankreich mit Deutschland verhandeln. Allerdings könne man erst, wenn kein anderer Ausweg mehr bleibe, zu derartigen Mitteln greifen.

Nervosität in Paris.

Paris, 2. Juni. (Gca.) Die französische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Artikel des „Observer“, der eine außerordentliche Aktion der englischen Regierung zur Erlangung einer schriftlichen Antwort Frankreichs auf den englischen Fragebogen ankündigt. Sie zeigt bei dieser Gelegenheit eine ziemliche Nervosität und Ungehaltenheit, wobei der „Temps“ besonders mit dem „Observer“ scharf ins Gericht zu gehen versucht. Er hebt in seinem Leitartikel hervor, der Artikel des „Observer“ verdiene wahrscheinlich gar nicht, daß er die französische öffentliche Meinung so erregt, wenn das Blatt sich nicht rühme, es drücke eine offizielle Meinung aus. Wir hoffen, schreibt der „Temps“, daß die englische Regierung Gelegenheit nehmen wird, diesen

Störstreif zu desavouieren.

Wir müssen aber trotzdem bereits jetzt sagen, daß das Manöver, welches hier gegen die französisch-englische Freundschaft unternommen wird, den Interessen Englands ebenso zuwiderläuft, wie denjenigen Frankreichs. Nach einer längeren Analyse des „Observer“-Artikels fährt er fort: Man versucht also hier, Frankreich in den Bann zu tun, weil es einen Vertrag ausführen wollte, der die Unterschrift der englischen Regierung trägt. Wenn der „Observer“ glaubt, er könne die Franzosen einschüchtern, so wollen wir ihn gleich darauf aufmerksam machen, daß er sich täuscht. Diejenigen, die dem „Observer“ guthießen, sind die Feinde des englischen Volkes.

Bainville befürchtet, in der „Liberté“ anlässlich des „Observer“-Artikels, daß man vor einer Periode stehe, in der England aufs neue versuchen werde, eine starke PreSSION auf Frankreich auszuüben. Der „Observer“, schreibt er, ist wie jene Barometer, welche das Wetter wohl richtig, aber allzu stark anzeigen. Wenn sie auf Sturm stehen, so kann man sicher sein, daß nur ein Windstoß

kommt. Diesen Windstoß erwarten wir diese Woche aus London. Unstimmigkeiten über den Kern der Dinge drücken sich gewöhnlich durch Unstimmigkeiten über die Form aus. Dies ist es auch, wenn Poincaré mündlich antworten will, Lord Curzon aber eine schriftliche Antwort verlangt. Wenn Lord Curzon auf einer schriftlichen

Antwort bestehe, dann gebe er Grund zur Vermutung, daß er einen Erfolg suche, aber keine Einigung. Wäre es möglich, fragt Bainville, daß England Frankreich zum Nachgeben zwingen will statt Deutschland? Aber die Politik muß mit den Tatsachen rechnen, und eine neue Tatsache liege vor, nämlich das Attentat von Duisburg.

Und dieses Attentat werde Frankreich und Belgien, die sich noch allzu gut an den Krieg erinnern, wieder erkennen lassen, daß es unmöglich sei, mit Deutschland zu verhandeln, bevor der Widerstand aufgehört hat.

Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht augenblicklich der oben wiedergegebene Artikel des „Observer“, der sowohl in der englischen wie in der französischen Presse lebhafteste Erörterungen hervorgerufen hat. Die Tatsache, daß der Artikel auszugswweise durch Reuters verbreitet worden ist, und daß der Pariser „Temps“ in einem offensichtlich offiziös inspirierten Artikel scharf gegen ihn Stellung nimmt, scheint zu beweisen, daß die Äußerungen des „Observer“ keineswegs privater Natur sind, sondern die Anschauungen und Absichten der englischen Regierungskreise wiedergeben. Auch der politische Berichterstatter des franzosenfreundlichen „Daily Mail“ bestätigt im großen und ganzen die Ausführungen des „Observer“, soweit sie die englische Reparationspolitik betreffen. „Daily Mail“ schreibt:

Stanley Baldwin sei ungebüdig geworden, weil er jetzt bereits 19 Tage auf die französische Beantwortung der englischen Fragen warte. Er wolle gewiß die Aufrechterhaltung der einigen alliierten Front, gleichzeitig aber wünsche er Deutschland eine Antwort auf sein Reparationsangebot zu erteilen. Die Wiederherstellung der Handelsbilanz Europas werde von der Sicherung der Reparationszahlungen an England abhängen. Sollte Frankreich jetzt auch noch mit der Beantwortung der englischen Fragen zögern, so werde die englische Regierung eine öffentliche Erklärung abgeben, wie sie sich die Lösung des Reparationsproblems denke. Eine solche Erklärung würde Frankreich, den übrigen alliierten und den neutralen Staaten Gelegenheit geben, entweder ihre Zustimmung zu dem englischen Projekt zu bekunden oder die englische Auffassung abzulehnen. Die englische Regierung hoffe allerdings, daß eine solche Erklärung nicht notwendig werden würde. Sollten aber die Schwierigkeiten mit der französischen Regierung nicht behoben werden können, so werde es Schritte unternommen zwecks Abschlußes eines Separat-Abkommens mit Deutschland, durch das die Reparationszahlungen an England gesichert würden. England werde beispielsweise vorschlagen, daß Deutschland den englischen Zinsendienst an Amerika übernehme. Man glaube in englischen politischen Kreisen, daß Deutschland diesen Vorschlag sofort annehmen werde. Sollte es Baldwin weiterhin nicht gelingen, Frankreich zur Revidierung seiner Ruhepolitik zu überreden, so würden Großbritannien und Vereinigte Staaten gemeinsam einen Druck auf Frankreich ausüben, damit dieses seine Schulden bezahle.

Von französischer Seite werden diese Äußerungen, die von der tiefen Anzuredenheit in England Zeugnis ablegen, mit noch größerem Mißmut aufgenommen, wie die Papstnote, die gleichfalls in Frankreich sehr verstimmt hat. Während der französische Botschafter Jonnart unter Umgehung des Kardinalstaatssekretärs gestern eine Audienz beim Papst nachgesucht und eine längere Unterredung mit ihm gehabt hat, offenbar um ihn zu einer abschwächenden Erklärung zu veranlassen, nimmt die französische Presse, soweit sie dem nationalen Block angehört oder offiziös inspiriert wird, England gegenüber eine scharf ablehnende Haltung ein. Neben den Hinweisen auf die heftigen Auseinandersetzungen über das Geheimdokument Tirards, das die separatistischen Treibereien gewisser französischer Kreise im Rheinland aufdeckte, sowie auf die tiefen Gegensätze, die sich in der letzten Woche anlässlich der Verhandlungen über das Beitritts in der Luft zwischen Frankreich und England offenbarten, wird jetzt außer der Reparationsfrage auch die englisch-französische Unstimmigkeit in der Langerfrage und der Saarfrage herangezogen. Der wesentlichste Streitpunkt bleibt trotz allem die Reparationsfrage und die Lösung des Ruhrkonflikts. Hier stehen sich die englische und französische Standpunkte augenblicklich ziemlich scharf einander gegenüber. Und dieser Gegensatz wird sicherlich in dem Maße zunehmen, wie die englische Regierung versuchen wird, entsprechend den offiziösen Presseäußerungen, einen Druck auf Frankreich auszuüben und den passiven Widerstand Poincarés gegen eine Verständigung mit Deutschland niederzuzwingen.

In dieser Situation sind unglückliche Ereignisse, wie die Explosion im belgischen Militärlager naturgemäß am allerwenigsten geeignet, eine Lösung des politischen

Konfliktes zu fördern. Während auf französischer Seite das Duisburger Ereignis bemutet wird, um die Stimmung gegen Deutschland noch mehr zu verschärfen und die Berechtigung der französischen Politik nachzuweisen, werden in England die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet mit größter Besorgnis zur Kenntnis genommen. Besonders sei hier auf die Äußerungen des „Observer“ hingewiesen, der neuerdings mehr und mehr zum Sprachrohr der auf eine Verständigung hinarbeitenden englischen Politik geworden ist. Der „Observer“ erklärt aus Anlaß des Duisburger Attentates:

Der Urheber hat gegen das eigene Vaterland ein ebenso großes Verbrechen begangen, wie gegen die Opfer. Sein eigenes Land wird doppelt dafür zu leiden haben. Die Strafmaßnahmen werden Unschuldige treffen, und der passive Widerstand wird in Gefahr gebracht, wenn Gewalt mit Gewalt erwidert wird. Es ist nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein Fehler.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat das Duisburger Ereignis auch in den Kreisen des Vatikans eine starke Erregung hervorgerufen. Auch aus Belgien liegen ähnliche Nachrichten vor. Sollte es sich bestätigen, daß die Explosion im belgischen Militärlager tatsächlich das Werk deutschösterreichischer „Aktivist“ gewesen ist, so wäre sie nach den zutreffenden Worten des „Observer“ nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein Fehler gewesen.

Die Sanktionen für Duisburg.

Duisburg, 30. Juni. (WIB.) Zu dem Eisenbahnunglück auf der Hochfelder Eisenbahnbrücke wird ergänzend noch folgendes mitgeteilt: Die Explosion des Sprengkörpers erfolgte morgens um 1 1/2 Uhr auf der Brücke zwischen Duisburg und Rheinhausen in einem Abteil eines mit belgischen Soldaten besetzten Personenzuges, der von Duisburg kam. Es wurden ungeheure Verheerungen angerichtet. Die Waggons stoben in Stücken auseinander und Teile des Brückengerüsts wurden abgerissen. Neun Tote und 40 bis 50 Verwundete sind bisher festgestellt. Unter den Verwundeten befinden sich auch Zivilpersonen. Sie wurden in das Hochfelder Marienhospital gebracht. Ob sich der Sprengkörper bereits im Zuge befunden oder ob er auf den Schienen gelegen hat, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Duisburg hat Samstag

folgende Sanktionen

angeordnet: In Anbetracht dessen, daß ein verbrecherisches Attentat von ganz besonderer Schwere im Laufe dieser Nacht innerhalb des Gebietes der Stadt Duisburg begangen worden ist, und angesichts der Notwendigkeit, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gewährleisten, erteile ich auf Grund der mir durch den Belagerungszustand verliehenen Vollmachten folgenden Befehl:

Artikel I.

Es werden 20 Bürger der Stadt verhaftet, die als Geiseln festgenommen werden.

Artikel II.

Die Kaffehäuser, Theater, Kinos und öffentlichen Lokale der Stadt Duisburg werden bis auf weiteren Befehl geschlossen.

Artikel III.

Jeder Straßenverkehr innerhalb der Stadt Duisburg ist bis auf weiteren Befehl untersagt.

Artikel IV.

Der Verkehr von Automobilen aller Art und Motorrädern innerhalb der Stadt Duisburg ist bis auf weiteren Befehl verboten. Fahrberechtig sind die Militärfahrzeuge.

Artikel V.

Der Personenverkehr (Fußgänger) ist in der Stadt Duisburg von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bis auf weiteren Befehl untersagt. Ausgenommen sind die Personen, denen auf ihren Antrag durch die Besatzungsbehörde ein besonderer Erlaubnisschein ausgestellt ist.

Artikel VI.

Bis auf weiteren Befehl werden keinerlei Passierscheine ausgestellt, weder Fahrbescheinigungen für Wagen aller Art, noch für Personen.

Artikel VII.

Hier werden hohe Strafen für Zuwiderhandlungen festgesetzt.

Oberhausen, 1. Juli. (WIB.) Anscheinend infolge der gestrigen Explosion in dem belgischen Zuge bei Duisburg sind die Vorsichtsmaßnahmen der Besatzungsmächte bedeutend verstärkt worden. Vor den Eisenbahnbrücken, unter denen die Elektrizität durchzuführen müssen, werden deren sämtliche Fahrgäste gezwungen auszu steigen. Sie werden genau untersucht und müssen unter den böhmischen Zurufen französischer Arbeiter, die auf beiden Seiten des Fahrdammes stehen, mit aufgehobenen Händen unter der Brücke durchgehen. Dann dürfen sie auf der anderen Seite wieder einsteigen.

In Dörten an der Grenze des besetzten Gebietes sind gestern von den Belgiern ganze Stöße von Pissen, trotzdem sie das vorschristsmäßige Visum tragen, den Passanten abgenommen worden.

Paris, 2. Juli. (WIB.) Spaas verbleibt ein Telegramm aus Koblenz, in dem erklärt wird, die Interalliierte Rheinlandkommission habe mit dem Oberkommandierenden des Besatzungsheeres beschlossen, daß in Zukunft in jedem Zug, der in dem besetzten Gebiet verkehrt, deutsche Zivilpersonen mitfahren müßten.

Monatsanfang an der Börse.

Die Dollarschwankungen hielten sich wesentlich unter der Parität der von den Auslandsbörsen gemeldeten Marktkurse. Die ersten Notierungen lauteten für Kassafußgelder auf 162 000, Julifußgelder wurden mit 210 000 gehandelt. Im Verkehr mit Dollarschwankungen beobachtete man auffallend große Abgaben von zwei Großbanken, anscheinend für Rechnung der Reichsbank.

Der Kurswechsel in Bulgarien.

Von Janko Salasoff (Sofia).

Wir ersuchten den Genossen Salasoff, einen der Führer der bulgarischen Sozialdemokratie, uns eine Darstellung der Ummwälzung in Bulgarien zu senden. Wir geben seine Ausführungen wieder, ohne uns die Auffassung des Verfassers in allen Punkten zu eigen zu machen.

In der Nacht vom 8. zum 9. Juni wurde die Regierung Stambuliski gestürzt, die in Sofia anwesenden Minister und Führer der Bauernpartei verhaftet und das Land von einer gewalttätigen Willkürherrschaft befreit. Dieser jähe Umsturz kam für die öffentliche Meinung Bulgariens nicht ganz unerwartet. Wir wußten zu gut, wie es mit der wirklichen Stimmung im Volke stand; wir wußten auch von den Sturmwolken, die sich über dem Haupte der Regierung Stambuliski sammelten. Die Leser des „Vorwärts“ konnten sich schon aus meinem Artikel über die Wahlen in Bulgarien einen Begriff machen, welche Situation in unserem Lande geschaffen war. Wir schrieben:

„Es gibt keine arbeitssame oder produzierende Schicht in Stadt und Land, die nicht mit Grimm und Haß gegen die Bauernregierung erfüllt wäre.“

Und weiter:

„Man kann sagen: drei Viertel der ländlichen Bevölkerung und neun Zehntel der städtischen wären heilfroh, wenn jemand sie von der verhassten Bauernregierung befreien könnte.“

Diese allgemeine Erbitterung konnte nicht in demonstrativer oder parlamentarischer Weise gemildert oder beseitigt werden. Das Regime Stambuliski tat alles, um die friedlichen Wege zu sperren. Es blieb der einzige Weg der Verschwörung offen. Seit Jahr und Tag kehrte man immer wieder zu diesem Gedanken zurück. Viele gesellschaftlichen Momente drängten zu diesem Ausweg, andere verschoben den Tag der Entscheidung. Die offen vorbereiteten Gardisten-Demonstrationen scheinen mit den nicht geheimgehaltenen blutigen Drohungen an heroisierende politische Persönlichkeiten den Ausschlag gegeben zu haben. Der Umsturz wurde gewagt und die Leichtigkeit seiner Ausführung zeigte die Unterstützung, die alle gesellschaftlichen Schichten ihm erwiesen haben. Das teilweise Zusammengehen der Kommunisten mit den Orange-Gardisten der Regierung Stambuliski hat diesen nicht geholfen, sondern im Gegenteil den Kommunisten sehr geschadet.

Das war der Umsturz. Was will er? Wohin zielt er?

In der neuen Regierung sitzen Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Bauernbündler; zwei Professoren und drei Reserveoffiziere als der entscheidende Teil, ferner fünf Vertreter der Parteien. Ihre materielle Kraft schöpft die Regierung aus der Armee und den bewaffneten Bürgern, namentlich aus den Reserveoffizieren und Unteroffizieren, die in den letzten Jahren eine unverkürzte Sympathie für die linksstehenden Parteigruppierungen zeigten. Die Regierung selbst besteht aus jüngeren Vertretern der Parteien, die sich ein zeitgemäßes fortschrittliches Zusammenwirken angewöhnt haben. Aber all das besagt wenig. Größere Bedeutung hat, was die Regierung will und was sie tut.

Sie will die Säuberung des Landes von der Willkürherrschaft der Bauernbündler. In dieser Hinsicht hat sie die allgemeine Unterstützung des Landes für sich. Sie könnte, sobald dies geschehen, die Regierungsmacht den Parteien übergeben und sich auflösen. Eine zeitweilige, sich nur als Bollstreckerin des Volkswillens fühlende Regierung sollte eigentlich nur nach der Beruhigung und Sicherung des Landes im Innern und Außen streben. Aber die neue Regierung, namentlich ihr parteiloser Teil, scheint dies schwerlich zu wollen. Die beiden Professoren und die drei Offiziere in dieser Regierung glauben, die allgemeine Stimmung bei den Intellektuellen und in den parteilosen Kreisen treu wiederzugeben, indem sie ihre Aufgabe etwas breiter auffassen. Sie wollen die Bedingungen schaffen, um eine Rückkehr des Landes zu dem alten Koterie-Regime zu verhindern und gleichzeitig die Ansätze für eine, die breiten Volksmassen befriedigende Wirtschaftspolitik zu schaffen. Hierbei spielt die Sorge um normale, auf den neuen Verträgen be-

ruhende Beziehungen zu den Nachbarstaaten eine große Rolle. Diese Wünsche traten in den ersten Beratungen mit den Vertretern der Parteien deutlich hervor.

Wie wird aber die neue Regierung diese erweiterte Aufgabe erfüllen können? Auf welche Schichten des Volkes oder auf welche gesellschaftlichen Kräfte wird sie sich stützen?

Es sind zweierlei Wege in dieser Richtung möglich: Entweder wird die neue Regierung selbst eine neue Parteigruppierung aus den für diese Politik interessierten Gesellschaftskreisen schaffen oder sie wird diese Aufgabe einigen in ihrer Mitte wirkenden Parteien zuweisen.

Welchen Weg die neue Regierung einschlagen wird, muß erst abgewartet werden. Die alten gesellschaftlichen Schichten sind noch kräftig genug und die neuen Strömungen sind nicht genug gefestigt, um ihren Sieg zu sichern. Der Kampf der Parteien wird erst um diese Aufgaben der Regierung entbrennen und nur an zweiter Stelle um den direkten Anteil in der Regierung.

Es ist nicht schwer, die Stellung unserer Partei in diesen Kämpfen zu erraten. Wir nützen die geschaffenen Möglichkeiten aus, um unsere Organisationen wieder aufzubauen und unterstützen soweit möglich die fortschrittlichen demokratisch-sozialen Tendenzen in der Regierung, ohne unsere Tätigkeit nur auf diesen Punkt beschränken zu wollen. Wir rufen alle Kräfte wach, die in den unterdrückten Schichten der Arbeiterschaft, des Beamtentums und der Intelligenz gedämpft waren, und hoffen, am Ende dem Lande die gewünschte Erneuerung bringen zu können.

Ohnmächtig sind wir nur gegen die heimlichen Absichten unserer Nachbarn. Was uns die nächste Zukunft von dieser Seite bringt, ist und bleibt unsere größte Sorge.

Die Verschwörerorganisation in Hamburg.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht im Anschluß an die Redaktionen über die Entdeckung der Hamburger Putschzentrale folgenden Auszug aus den Akten des Generalmajors a. D. Hellstich, des Vertrauensmanns der Reichswehr für Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein:

Am 5. Oktober 1922 findet in Kiel eine Besprechung statt, in der Major a. D. Ennecerrus-Lothstedt unverhüllt zu einem Rechts-Initiativputsch auffordert. Mehrere aktive Offiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine nehmen an der Sitzung teil.

Am 2. November 1922 findet in Hamburg eine Besprechung statt, als deren Ergebnis die Hamburger reaktionären Selbstschutzzorganisationen sich der Zentraleitung des Generalkommandos a. D. Freiherrn von Watter-Vorstin unterstellen. In dieser Sitzung ist auch die Organisation C. offiziell vertreten, die wegen der Beteiligung an der Ermordung Erzbergers und Rathenows aufgelöst und verboten ist. Der Vertreter dieser Organisation teilt die Befehle mit, die er für seine Organisation vom Kapitän Ehrhardt erhalten habe. Auch an dieser Sitzung nehmen mehrere aktive Offiziere, darunter der Verbindungsleiter des Wehretreffes II, Oberleutnant v. Brederlow teil.

Der ganze Charakter der Organisation wird schließlich durch Richtlinien enthüllt, die der militärische Provingassistent, General a. D. Hellstich, für die ihm unterstellten militärischen Gausleiter im Mai 1923 aufgestellt hat. Den Zeitpunkt des Putschs hat man sich vorbehalten. Man will ihn von etwaigen Unruhen abhängig machen. In einer Denkschrift vom 25. März 1923 hat Oberleutnant v. Brederlow dem Wehretreffkommando als geeignete Zivilperson zur Beförderung bei dem Militärbefehlshaber im Falle innerer Unruhen jenen schon erwähnten Herrn Bering namhaft gemacht.

Aufgelöster Geheimbund.

Breslau, 2. Juli. (WZ.) Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat den „Bund Schlesierland“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten und aufgelöst. Der Bund war eine unter der Leitung des Grafen Sarma-Lorjendorf bestehende Vereinigung mit dem Hauptquartier im Kreis Kemnath, die sich in Widerspruch zu den Satzungen als eine nach den Bestimmungen des Schutzgesetzes aufzulösende geheime Verbindung erwies.

Wer stellt den Bahnschutz?

Eine Zufahrt aus Baden, die der „B. a. M.“ zugeht, deutet merkwürdige Zusammenhänge an. In dem Schreiben heißt es:

„Bahnschutz“. So lautet die Firma der Genossenschaft, die aus dem gelobten Lande der Bayern ausgesandt wurde als Sprengkolonne. Das Attentat auf den badischen Staatsbahnhof Windschag der unterbrochenen Strecke Offenburg—Weier war ihr Werk, das glücklicherweise nicht in der ganzen diabolischen Aufmachung zur Entfaltung kam. Wäre in jener Juni-Nacht statt der einzigen Pflanzgasbombe das volle Duzend der gelegten Explosivkörper losgegangen, dann würde vom ganzen Bahnhofs kein Stein am Platze geblieben und das ganze Dorf zerstört worden sein. Am Abend zuvor sind im benachbarten Orte Kensch den unbesezten Gebietes sieben Herren, die sich auffällig machten, festgenommen worden durch die badische Polizei. In ihren Reisetaschen befand sich Sprengstoff. Die Offiziere, Studenten und Arbeiter waren mit einer Menge Freifahrtscheine für alle deutschen Bahnen ausgestattet von der Eisenbahnbau-Behörde und gaben sich als Gesellschaft „Bahnschutz“ aus. Darauf sind sie in Karlsruhe freigegeben worden. In der Nacht geschah dann das Attentat. Das von den Franzosen mit Pendelzügen zwischen Straßburg und Offenburg befahrene Geleise war anderen Tags wieder im Betrieb.

Wenn man nicht annehmen will, daß die Festgenommenen ihre Freifahrtscheine ebenso gefälscht haben, wie gewisse Oberbeschleusenführer, dann entsteht die Frage: Wer stellt die Scheine aus? Welche amtliche Stelle trägt die Verantwortung dafür, daß das Sprengstoffgesetz systematisch übertreten werden darf? Und welche amtliche Stelle darf es wagen, die vom Reichskanzler immer wieder betonte Linie des passiven Widerstandes so aktiv zu durchkreuzen?

Eine englische Mahnung.

London, 2. Juli. (WZ.) „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, die deutsche Regierung und alle Deutschen im Ruhrgebiet, die Einfluss auf die Bevölkerung haben, sollten ihr Möglichstes tun, um Gewalttaten, wie das Bombenattentat auf den belgischen Eisenbahnzug zu verhindern. Solche Handlungen seien geeignet, die französische und die belgische Bevölkerung in eine Stimmung zu versetzen, die eine leidenschaftliche Regelung der Reparationsfrage und der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets unmöglich mache. Auf der anderen Seite müßten Poincaré und Thiéris sich klar machen, daß, wenn sie ihre Politik weiter so betrieben, solche Ausschreitungen sich aus ihr ergeben müßten. Sie würden gut tun, eine andere Lösung zu finden.

Weshofen besetzt.

Dortmund, 2. Juli. (WZ.) Die Franzosen haben die Besetzung weiter ausgedehnt. Heute wurde in den Morgenstunden Weshofen zwischen Schwerte und Hagen besetzt.

Die Bekämpfung der Devisenspekulation.

Der Reichswirtschaftsminister wandte sich an die Regierungen der Länder mit einem Rundschreiben, in welchem er dringende Maßnahmen zu strengerer Handhabung bei der Erteilung von Erlaubnisbescheinigungen (Handelskammerbescheinigungen) zum Devisenankauf empfiehlt.

In dem Schreiben heißt es: Die Handelskammerbescheinigung ermöglichte ihrem Inhaber den unbefchränkten Erwerb von Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung. Die Bescheinigung dürfe nur Firmen erteilt werden, die die unbedingte Gewähr dafür bieten, daß sie die Bescheinigung nicht zur Ansammlung von Devisenbeitragen über ihren Bedarf hinaus verwenden. Als äußerliche Grenze eines zulässigen Erwerbes sei es anzusehen, wenn sich der Erwerber innerhalb des unbedingt notwendigen Bedarfs der Firma für bereits abgeschlossene sowie für solche Geschäfte halte, die innerhalb der nächsten Wochen im regelmäßigen Geschäftsverkehr der Firma abgeschlossen werden. Die Bescheinigung dürfe nur befristet erteilt werden. Sollte sich die vorliegende Einwirkung als nicht wirksam erweisen, so könne die Reichsregierung sich gezwungen sehen, mit dem System der Handelskammerbescheinigungen überhaupt zu brechen und in irgendeiner Form für alle Firmen die Vorprüfung einzuführen.

Steine statt Brot.

Von Karl Fischer.

Die Straße streckt sich an einem Getreidefeld entlang. Ihr graublauer Asphaltmantel glänzt so eigenartig und hebt sich festlich genug von den hohen, grünen Halmen ab.

Die Straße ist ganz still.

Sie scheint zu schlafen und zu träumen von der Fruchtbarkeit des Feldes und dem goldenen Segen des Getreides, das zu schlohwehem Weht vermalen und zu Brot verbacken werden soll.

Im Hintergrunde reckt sich die große Stadt hoch.

Drohend im Dämmer.

Sie wächst und weitet sich und dehnt ihre Arme bis an die stille Straße.

In der Nähe der Straße leuchten schon rote Daer über schmutzen Billen, aus deren Schornsteinen Rauch ringelt.

Hinter den Billen der Wald wie eine schwarze, schweigende Kulisse.

Bald wird auch die stille Straße laut und voller Leben sein. Noch atmet alles Ruhe, und nur das Flüstern des Getreidefeldes, wenn der Wind die Halme durcheinander wirrt.

Langsam reifen die Wehren der Ernte entgegen. — Aber gestern rollten schwere Wagen heran mit roten Ziegeln und großem Sand und großen Steinen.

Da, wo das Getreidefeld an der stillen Straße steht, haben sie einen Bauzaun aufgestellt und ein wees Biered Getreide vernichtet, damit eine Baugrube gegraben und eine neue Villa gebaut werden kann.

Wo Brot wuchs, hat man Steine aufgestapelt. Das abgebaute unreife Getreide wird auf den Misthaufen geschmissen, in einer Zeit, in der man jede Wehre schützen und schonen soll.

Man konnte nicht die wenigen Wochen warten, bis das reife Getreide unter der Sense fiel, nur weil die Baume eines reichen Mannes es wollte, daß jetzt schon, mitten in das Getreidefeld, die Fundamente zu seinem Haus gelegt werden. —

Niemals wird man später an der fertigen Villa vorbeigehen können, ohne daran zu denken, daß Tausende von Holmen und Wehren nutzlos sterben mußten, damit ein einzelner sich ein stolzes Haus hinstellen lassen konnte.

Vor einem wird immer in Gedanken der Wahrpruch an der Villa stehen: Steine statt Brot!

Das wird so sein, als wenn diese unbarmherzigen Worte einer harten Seele ein Richter sagt, der sich nach niemals darum gekümmert hat, daß ausgerissen wird, was für den Armen wächst, wenn nur seine Wünsche Erfüllung werden.

Ueber den jüngsten Ausbruch des Aetna hielt der Vater W. Kranz an der Hand zahlreicher Lichtbilder einen Vortrag in der Urania. Als am 18. Juni ds. Js. die erste Schreckensnachricht kam, nach der der Lavastrom in 12 Stunden 8 Kilometer zurückgesetzt hatte, wurde auch von einem starken Aschenregen berichtet. Der ist immer in hohem Maße schadenbringend, da er die Vegetation auf Jahre hinaus zerstört. Bilder von abgebedeckten Landschaften nehmen sich wie veränderte Winterlandschaften aus. Welch verheerende Wirkungen aber die Asche hat, geht daraus hervor, daß es erst in der Reuezeit gelingt, Pompeji von der Asche zu befreien. Reizvolle Bilder wurden von der sizilianischen Großstadt Catania übermittelt. 121 v. Chr. 1669 n. Chr. wurde es gänzlich zerstört, doch ist es immer und immer wieder aufgebaut worden, es ist tatsächlich auf Lava gebaut, und die Hauptstraße liegt auf dem Rücken eines Lavastromes. Aus der lauffhigen Zeit ist kein Stein auf dem andern geblieben, alles ruht unter der Lava, unter dem Straenpflaster.

Menschenfleisch, unterstützt durch eine gütige Natur, haben Wunderwerke auf diesem ausgedehnten vulkanischen Gebiet geschaffen. Bei einer gefahrlosen Besteigung des Aetna sieht man uberal den Feigenkaktus und gewahrt Kräuter, mit Ginstern bewachsen. Aus diesem Ginstern fertigt man in Catania Beisen an. Interessant ist der Weg auf den Monte Rossi. Die roten Berge, die einst so viel Unheil angerichtet haben, scheinen sich jetzt gänzlich verausgabt zu haben. Auf dem Warke nach den Gipfel kommt man erst durch endlose Weinpflanzungen, dann durch Waldbestände und schließlich geht man über stacheligen Kugelrajen den schneebedeckten Feuerberg hinan. Der Schnee wird durch Arbeiter von den Hügeln abgedeckt, mit Asche überdeckt, in Sae verladen, auf Maultiere gepackt und dann in der Ebene als Eis des Subens verhandelt. — Die Lichtbilder waren in natürlicher Farbe gehalten, so bekam man einen tiefen Eindruck von dem gewaltigen Aetna-Gebiet, in dem Elend und Schandheit, Erbarmenheit und zerstörende Gefahr so eng vertraut beieinander wohnen.

Die größte Fernstation. Die Grostation Raue n kann schon seit längerer Zeit von der Betriebszentrale in Berlin aus „gesteuert“ werden; bei dem Elvese-Sender bei Hannover ist die Fernstation aber erst in jüngster Zeit durchgeführt worden. Wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, ist diese Entfernung, die rund 400 Kilometer beträgt, die größte, über die bisher eine Grostation gesteuert wird, und die Fernstation Berlin-Elvese muß daher als eine bemerkenswerte technische Leistung angesehen werden. War man früher gewohnt, daß die Sendetafeln direkt auf der Sendestation bedient wurde, so ist jetzt die Sendetafeln weit vom Sender entfernt. Der Beamte, der die Tafeln bedient, verfährt nicht anders, als er es beim gewöhnlichen Telegraphieren tun würde. Aber der Vorgang, der sich tatsächlich vollzieht, ist etwas ganz anderes. Bei der Drahttelegraphie werden beim Anschlag der Tasten nur kleine Ströme durch die Leitung geschickt, und die gefandten Morsezeichen erreichen nur eine Empfänger. Beim Tasten des drahtlosen Senders sind die direkt geschickten Ströme zwar auch klein, aber sie wirken auf der fernen Sendestation verstärkt und steuern so hundert von Kilowatt Antennenergie, die dann von den Empfangsapparaten zu gleicher Zeit als mächtige Aetherimpulse aufgenommen werden können.

Deutschlands größte Quelle. Die größte Quelle, die unser Vaterland besitzt, der sogenannte Rhum esprung am Fuße des Rothensbergs am Südharz, ist den meisten Wanderern wegen ihrer abgelegenen Lage nicht bekannt, und doch ist es ein höchst interessantes Naturdenkmal, wie aus einer Schilderung Albert Schindels in „Reclams Universalium“ hervorgeht. Der Rothenberg erstreckt sich eine Stunde südlich vom Harzrande von Sickerode bis Bulsteln. In diesen freundlichen Wiesentalern soll König Heinrich Bogelheer gelegen haben. Hier entspringt nun der Fluß Rhume aus einer Quelle, die durchschnittlich in jeder Sekunde 45 Hektoliter Wasser, täglich also 400 Millionen Liter liefert. Die Quelle wäre imstande, viele Dörfer und Städte Deutschlands mit Trinkwasser zu versorgen. So ist es auch nicht zu verwundern, wenn die Rhume einige Schritte von der Quelle imstande ist, eine große Papierfabrik zu treiben. Das 4—7 Meter tiefe Quellbassin gleicht einem Teich von ungefähr 15 Metern Länge und 15 Metern Breite. Der eigentliche Quellfessel hat die Form eines Dreiecks und wird von mächtigen Erlen und Weiden umrahmt, die sich wundervoll in dem klaren, blaugrünen Wasser spiegeln. Stoweise tritt das Wasser aus drei großen Sprungrohren heraus. Um den Teich zieht im Halbdreieck ein zweiter mit geringerer Tiefe, in dem man das unmittelbare Aufquellen des Wassers deutlich beobachten kann. An vielen Stellen sieht man die Erde in Daumenlange infolge des Drucks hochspringen. Die Rhumequelle zeigt stets denselben Wasserstand, befördert jahraus, jahrein dieselbe Wassermenge zujau und besitzt Sommer und Winter die gleiche Temperatur von 10 Grad Celsius. Die Rhume fließt sofort als anschlielicher Fluß aus dem Quellgebiet ab und ist sehr viel starklicher als die Leine, deren Nebenfluß sie ist. Die Quelle verbannt ihre Entstehung jedenfalls gewaltigen Erdstokungen, die am Südharz nichts Seltenes sind. Höchstwahrscheinlich ist es eine unterirdische Wasserader vom Harz, der Deutschlands größte Quelle, der Rhumesprung, sein Dasein verdankt.

Der Marquis mit den Rontgenaugen. Nach spanischen Blattermeldungen besitzt der in Madrid lebende Marquis Santacara ein Schwermogen, das ihm mit seiner Sarfe gestattet, geradezu mit den Röntgenstrahlen in Wettbewerb zu treten. Es hat angeblich die Fähigkeit, durch lichtundurchdringliche Gegenstände zu sehen. Der Marquis legte von dieser merkwürdigen Fähigkeit kürzlich im Königspalast zu Madrid Proben seines Leistungsvermögens ab. Die Versuche ergaben, so heißt es, den einwandfreien Beweis für diese verblüffende Gescharfe. Marquis Santacara vermochte die Stellung der Zeiger einer Uhr, die hinter mehreren eisernen und Bleiplatten aufgehängt war, zu erkennen und genau anzugeben. Santacara wird demnächst in Paris die Versuche vor einer Kommission von Gelehrten wiederholen. Die Sache klingt höchst mystisch. Bleiplatten werden nicht einmal von Röntgenstrahlen durchdrungen. Aber im Zeitalter des Humbugs ist alles möglich. Halten wir nicht auch bei uns Leute, die sogar in Kaften verschlossene Briefe lesen konnten und damit Professoren begluckten?

Der 15. internationale Esperanto-Kongress findet vom 2. bis 8. August unter dem Ehrenpräsidenten des Reichspräsidenten in Romberg statt. Es werden sich bereits an 4000 Teilnehmer aus 41 Staaten angemeldet. Außer zahlreichen sachlichen Veranlassungen wird u. a. auch eine Aufführung von Teilings „Rathan der We“ in Esperantoische geboten.

Wo bleiben die Fische?

Von den an dem Stinik der Hochseefischer beteiligten Organisationen wird uns geschrieben:

Trotz Ruhrbesetzung und den dadurch hervorgerufenen Ernährungsschwierigkeiten führen die deutschen Fischdampferreederei seit dem 8. April einen frivolen Kampf gegen die deutschen Fischkonsumenten. Die Hälfte der deutschen Fischdampferflotte wurde im März stillgelegt und 2500 Fischerleute brotlos gemacht. Bedeutete dies schon eine um die Hälfte verringerte Ausfuhr von Fischen, so wurde die künstliche Notlage noch dadurch gesteigert, daß der größte Teil der Fänge der in Fahrt gebliebenen Dampfer in England und Holland gelöst wurden, die Seefische verschwanden von den deutschen Märkten.

Infolge erhöhter Nachfrage stiegen die Preise gewaltig. Nicht genug damit, sollte der Lohn der in Arbeit gebliebenen Fischerleute um 20 bzw. 10 Proz. herabgesetzt werden. So wollte es der Spruch eines Schlichtungsausschusses. Um diese Zumutung abzuwehren, waren die Besatzungen gezwungen, die noch in Fahrt befindlichen Dampfer zu verlassen. Solange der Streit gegen die Fischkonsumenten von den Reedern allein geführt wurde, fand sich keine Regierungsstelle, um hier regelnd einzugreifen. Erst als alle Dampfer stillgelegt waren, hat der Reichsarbeitsminister erneut einen Sonderlichtungsausschuss berufen, der einen Schiedsspruch fällt, in dem es u. a. heißt:

Es wird folgender Zusatzvertrag vereinbart:

„Vom Nettoauktionserlös werden von Berechnung der Prozente für den Kapitän 20 Proz. und für die anderen Mitglieder der Besatzung 10 Proz. zur Deckung der außerordentlichen Unkosten für die Verwendung englischer Kohlen abgezogen.“

Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, sobald die Arbeitgeber in der Lage sind, 25 vom Hundert ihres Kohlenbedarfs aus deutscher Kohle oder aus solcher ausländischer Kohle zu decken, die billiger als die englische ist, oder wenn die deutsche Kohle den Preis der englischen erreicht.

Den Streitlichen wird aufgegeben, sich bei den zuständigen Stellen unverzüglich um Belieferung mit deutscher oder billigerer ausländischer Kohle zu bemühen.

Der Schlichtungsausschuss bittet die Reichsregierung, zu prüfen, ob nicht die besonderen Verhältnisse der deutschen Hochseefischerei es rechtfertigen, sie beschleunigt mit deutscher Kohle zu beliefern oder ihr den Bezug billigerer ausländischer Kohle zu ermöglichen.

Zur Erläuterung des Schiedsspruches:

Der Schiedsspruch stimmt im Ergebnis mit dem Schiedsspruch des Sonderlichtungsausschusses vom 11. Mai 1923 überein. Er stellt keinen Lohnabbau dar. Er trägt lediglich einem gegenwärtig bestehenden, voraussichtlich vorübergehenden Ausnahmezustand Rechnung und ist in der bisherigen, in der Hochseefischerei eigenartigen Erregung des Haupteinkommens der Kapitäne und der übrigen Schiffbesatzung aus dem Nettoauktionserlös des einzelnen Fanges innerlich begründet.

War der erste Spruch schon ein Fehlspruch, so setzt dieser allem bisher dagewesenen die Krone auf. Eine Herabsetzung der Bezüge um 20 bzw. 10 Proz. „stellt keinen Lohnabbau dar“? Und das in einer Zeit, wo die Lebenshaltungskosten wie wahnsinnig steigen?

Die Besatzungen lehnen auch diesen Spruch ab. Die Verantwortung über seine Auswirkungen müssen sie denen überlassen, die ihn gefällt haben.

An das fischkonsumierende Publikum wenden sich die Fischdampferbesatzungen um Unterstützung, den Kampf der Reeder gegen das darbenende Volk zu brechen und die Regierung an ihre Pflicht zu mahnen. Nicht die Besatzungen wollen durch „maßlose Lohnforderungen“ die Seefische verteuern. Eine Herabsetzung ihrer Bezüge macht sie nicht billiger. Die Seefische werden in freier Auktion gehandelt. Nach den Erlösen bestimmt sich der Lohn. Die Besatzungen wehren sich lediglich gegen einen Abbau ihres Lohnes zum Vorteil der Reeder. Von einem Lohn, den sie mit Gefahr ihres Lebens unter den schwersten Arbeitsbedingungen verdienen müssen. Sie wollen alle Fischdampfer in Fahrt gesetzt wissen, um durch reichliche Fischzufuhren die traurige Ernährungslage unseres darbenenden Volkes zu verbessern.

Reichliche Zufuhren erwirken niedrige Fischpreise und ebenfalls eine Herabsetzung der Bezüge, aber zum Vorteil der Konsumenten. Mit dieser Herabsetzung ihres Lohnes wären die Besatzungen einverstanden.

Das Dorten-Dokument authentisch.

London, 2. Juli. (W.B.) Gegenüber den Dementis aus Paris betont „Oberver“, daß der am vorigen Sonntag von ihm veröffentlichte Geheimbericht über die Verhandlungen französischer Vertreter mit Dr. Dorten ein authentisches Dokument ist, und daß die französischen Ablehnungen sich an Nebenpunkte halten. Das Blatt hebt hervor, daß die Veröffentlichung nicht gegen Frankreich gerichtet war, sondern gegen die Kreise in Paris, die altmodische Ideen über die Arten des besten Schutzes für Frankreichs Disziplin vertritt. Diese Ideen seien mit dem Gedanken der Aufrechterhaltung des Friedens und der Aufrechterhaltung der Entente nicht zu vereinigen.

Devisenkurse.

	1. Juli		30. Juni	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 Holländischer Gulden	62348.50	62656.50	60848.50	60651.50
1 argentinische Papier-Peso	55890.—	58140.—	59064.50	54885.50
1 belgischer Frank	8054.50	8095.50	8054.50	8095.50
1 norwegische Krone	25935.—	26065.—	25338.50	25483.50
1 dänische Krone	27930.—	28770.—	27387.50	27418.50
1 schwedische Krone	42094.50	42805.50	40797.50	41002.50
1 finnische Mark	—	—	4249.—	4271.—
1 japanischer Yen	—	—	78515.—	74185.—
1 italienische Lire	6982.50	6997.50	6857.50	6892.50
1 Pfund Sterling	728175.—	731825.—	708225.—	711775.—
1 Dollar	159600.—	160400.—	154173.—	154887.—
1 französischer Frank	9501.—	9549.—	9501.—	9549.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	16468.50	16541.50
1 Schweizer Frank	—	—	27481.—	27669.—
1 spanische Peseta	—	—	22643.—	22757.—
100 österr. Kronen (abgeh.)	—	—	222.44	223.56
1 tschechische Krone	—	—	4658.—	4692.—
1 ungarische Krone	—	—	—	17.70
1 bulgarischer Lev	—	—	1406.—	1414.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	—	—

Die Zirkuskrawalle vor Gericht.

Oberst Kaupisch als Zeuge.

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund den Antrag, nach etwa 15—20 Zeugen über die Vorfälle am Zirkus Busch und im Kastanienwäldchen zu laden. Dann wird als erster Zeuge Oberst Kaupisch vernommen, der u. a. bezeugt:

Das Kommando der Schutzpolizei war durch die Artikel der „Roten Fahne“ auf die Versammlung am 15. Oktober aufmerksam gemacht worden und bekam außerdem vom Polizeipräsidenten und von der Abteilung Ia nochmals Befehle, die Versammlung vor Störungen zu schützen. Ueber die Bewaffnung des Ausschusses, der Teilnehmer und der Demonstranten hat der Zeuge nichts gemerkt. Er ist erst erschienen, als die Schlägerer vordrängten. Auf Befragen von R. A. Dr. Herzfeld erklärt er, daß er von der Tatsache, daß ein Arbeiter totgeschlagen sei, erst aus den Zeitungen erfahren habe. Verteidiger: „Wissen Sie, ob Nachforschungen nach den Mördern angestellt worden sind?“ Zeuge: „Das war Sache der Politischen Polizei.“ Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß Gerüchte über schwere Verletzungen von Beamten herumgeschwirren, die sich aber als übertrieben erwiesen. Der nächste Zeuge ist der Reichstagsabgeordnete Geisler, der Vorsitzende des Bundes für Freiheit und Ordnung. Er weist zunächst die von dem Angeklagten Dr. Rosenberg aufgestellte Behauptung zurück, daß er Mitglied der Deutschösterreichischen Partei sei. Er sei parteilos. Der Bund für Freiheit und Ordnung sei keiner größeren Organisation angeschlossen, die als Ordsch bezeichnet werden kann. Er wolle auch nicht die Verfassung stützen, wie behauptet worden sei, sondern in seinen Statuten stehe ausdrücklich, daß er die Verfassung vor Umsturz

Allgemeine Versammlung

sämtlicher Funktionäre der DDP. am Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof“
Lufauer Straße 14/15.

Tagesordnung:

Der Berliner Etatskrach. Die Folgen für die Bevölkerung. Die Haltung der Parteien.

Referent: Stadtverordneter Dr. Richard Lohmann.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte gelten als Ausweis. Die Stadt- und Bezirksverordneten sind besonders eingeladen.

Der Bezirksvorstand.

„In den Statuten stehe das wohl, aber ist auch danach verfahren worden?“ Zeuge: „Darauf muß ich näher eingehen. Der Bund konnte niemals als eine militärische Organisation angesprochen werden. Er besitzt keine Waffen. Die „Rote Fahne“ hat schon bei Gründung des Bundes diese Behauptung aufgestellt. Das Hauptziel des Bundes war, gegen die unzutraglichen und unsicheren Zustände in Berlin anzukämpfen und Berlin wieder zu einer sauberen Stadt zu machen, wie vor dem Kriege. Vorsitzender: „Sind Versammlungsteilnehmer beauftragt gewesen.“ Zeuge: „Das entzieht sich meiner Kenntnis.“ Vorsitzender: „Hätten Sie einen Saalshuß?“ Zeuge: „Wir hätten kein volles Vertrauen, daß die Schutzpolizei uns den vollen Schutz angedeihen lassen würde. Sie ist auch tatsächlich zu spät gekommen. Deshalb forderten wir eine Reihe Verbände auf, frühzeitig im Saal zu sein. Einen besonderen Saalshuß hatten wir nicht. — Der Zeuge macht dann Bemerkungen über die bekannten Vorgänge im Zirkus und später auf der Straße.“

„Familienhilfe A. G.“

Weber-Rubines neueste Gründung.

Eine neue Gründung des Professors Weber-Rubine beschäftigt wieder die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei. Ueber die vielen zweifelhaften Gründungen dieses geschäftstüchtigen Herrn hatten wir im Laufe der Zeit wiederholt berichtet. Eine ganze Reihe von Prozessen schweben noch gegen ihn. In den ersten Tagen dieses Monats steht wieder ein Termin an, bei dem sich der unternehmungslustige Gründer zu verantworten haben wird.

Inzwischen sind bei der Kriminalpolizei neue Anzeigen eingelaufen. Sie es nötig machten, sich mit Weber-Rubine zu beschäftigen. Er war aus freiem Fuß befohlen worden und hatte die Zeit benutzt, um eine neue Gründung ins Leben zu rufen. Es handelt sich um eine „Aktien-Gesellschaft für Familienhilfe“, Berlin W. 15, Paderborner Str. 6. Durch großzügige Reklame wurden auch viele selbst naheliegende Personen als Aktionäre gewonnen. Weber-Rubine hatte selbst dem Gesetz entsprechend zunächst ein Viertel des Aktienkapitals eingezahlt, später aber wieder zurückgezogen. Er hatte sich auch besonders mit Milchgeschäften in Verbindung gesetzt, die Waren zur Verteilung aufnehmen sollten. Jedenfalls aber ließen schon bald bei der Kriminalpolizei wieder Anzeigen von Mitglieðern ein, die sich betrogen fühlten. Daraufhin hat die Kriminalpolizei die Bücher der Familienhilfe, die inzwischen von der Paderborner nach der Dehmolder Straße verlegt waren, beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft übergeben. Wie weit sich die Gründung schon ausgebreitet hat, läßt sich noch nicht übersehen. Mitteilungen zur Aufklärung werden von Kriminalkommissar Dr. Koch, Dienststelle B, I, 9 der Berliner Kriminalpolizei entgegengenommen.

Ueberfall auf Festteilnehmer.

Ein Verein hielt gestern abend im Roobiter Schützenhaus sein Sommerfest ab. Als heute früh gegen 6 Uhr der 30 Jahre alte Fahrstuhlführer Ferdinand Stempel aus der Malplaquetstraße Nr. 24 die Straße betrat, wurde er vor dem Lokal von etwa acht jungen Burschen angerempelt und durch Messerstiche in den Kopf schwer verletzt. Ein anderer Mann, dessen Namen noch nicht feststeht, erhielt einen Knieschuß und wurde in das Birkow-Krankenhaus gebracht. Die Täter konnten von einer Streife des Polizeireiters festgenommen und zur Wache geführt werden. — Fast um die gleiche Zeit wurde der 32 Jahre alte Kaufmann Jbrzeong aus der Brüsseler Str. 41 an der Ecke der Anruher und Seestraße durch einen Beamten des 43. Polizeireiters mit einer stark blutenden Stirnwunde aufgefunden. Auch J. gab an, daß er vor dem Roobiter Schützenhaus durch einen Revolverschuß verletzt worden sei. Die Beamten brachten J. nach dem Birkow-Krankenhaus, wo ihm ein Arzt den ersten Verband anlegte. Obgleich der Arzt einen Gehirnschuß feststellte, bestand J. darauf, sofort wieder entlassen zu werden. Er begab sich nunmehr nach dem 43. Polizeirevier, wo er eine Bescheinigung über seine Wundverletzung verlangte. Inzwischen hatte sich sein Zustand so verschlimmert, daß die Beamten ihn zum zweiten Male nach dem Birkow-Krankenhaus bringen mußten. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. J. gab an, daß ihm bei dem Ueberfall vor dem Roobiter Schützenhaus seine Brieftasche mit drei Millionen Mark entwendet worden sei. Die ganze Angelegenheit beharrt noch dringend der Aufklärung. Es scheint ein planmäßiger Ueberfall vorzuliegen.

Auslandszucker und Randis!

Nach einer Erläuterungsvorführung der zuständigen Stelle darf in Zukunft in denjenigen Geschäften, in denen Auslandszucker gegen Marken abgegeben wird, Auslandszucker nicht als Rundzucker geführt und verkauft werden. Kleinhandelsgeschäfte, welche noch Vorräte an Auslandszucker haben, dürfen diesen Zucker lediglich an gewerbliche oder industrielle Betriebe abgeben. Randiszucker darf nur noch gegen Marken als Rundzucker ausgegeben werden, doch wird bis einschließl. 10. Juli d. J. noch der marktfreie Verkauf von Randiszucker gestattet.

Schwimmender Gelbregen.

Einen erfreulichen Anblick genossen gestern die Mitglieder eines Jugendvereins auf dem Langensee. Bei einer Ausfahrt sahen sie in kürzeren Abständen eine ganze Anzahl Gelschnecken auf dem Wasser schwimmen. Von den kleinsten Notizen an bis zum 20 000-Marktschein. Sie suchten daraufhin das Wasser genauer ab und fanden dann auch noch etwas tiefer schwimmend eine Brieftasche, die ebenfalls noch Geld enthielt. Den Fund liefernten sie bei ihrem Vorfinden ab. Ob sich der Besitzer der Tasche freiwillig entledigt hat, oder ob er selbst seinem Leben ein Ende gemacht hat, weiß man nicht. Nähere Auskunft über den Fund erteilt Scholz, Oberkämmerer, Bootshaus Sadowa, Fernsprechanruf 315.

Die alte Fabel, daß Geld auf der Straße liegt, wird somit durch die neue Tatsache überholt, daß in Berlin das Geld auf dem Wasser schwimmt.

Dachstuhlbrand im Nordosten. Eine unglückliche Ueberfischung erlebten die Bewohner des von zahlreichen Mietern besetzten Hauses Marienburger Straße 33/35a und Winsstraße 21 am Sonntag. Um 4 Uhr erscholl Feueralarm von mehreren Seiten. Die Mieter stürzten aus den Betten, erschreckt über den Qualm, der schon die Treppen in den oberen Geschossen füllte. Der Dachstuhl mit den Bodenverklagen stand mit allem Inhalt in Flammen. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und stellte fest, daß der Brand schon längere Zeit unentdeckt im Dachgeschoss gewütet haben mußte. Die Ursache der Entstehung war unter diesen Umständen nicht mehr festzustellen. Die Hausbewohner vermuten Brandstiftung. Der Feuerwehr gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern, doch konnte es nicht vermieden werden, daß die Wohnungen im 4. Stock durch Wasser beschädigt wurden. Erst nach mehrstündiger Löschstätigkeit konnte die 5. Kompanie wieder abrücken.

Der Anbruch zu den Ferienzügen dauerte auch am gestrigen Tage unverändert an. Wer am Sonntag die Berliner Fernbahnhöfe besuchte, wurde Zeuge von stürmischen Szenen. Die Eisenbahndirektion ließ wieder Vor-, Nach- und Sonderzüge insbesondere nach den Ost- und Nordgebirgen sowie nach dem Riesengebirge, nach dem Harz usw. verkehren, die aber kaum in der Lage waren, den ganzen Ansturm zu bewältigen. Die Gänge in den D-Zügen wiesen die gewohnten Ueberfüllungen auf. Ohne Wskarte war an Unterkommen nicht zu denken. Schupo und Kriminalpolizei unterstützten die Eisenbahnbeamten bei der Regelung des Ansturms. Dabei konnten einige Taschendiebe, die den regen Verkehr und die allgemeine Aufregung dazu benutzten ihr sauberes Handwerk auszuüben, festgenommen werden.

Ein tödlicher Hufschlag. Sonnabend nachmittag wurde der 49 Jahre alte Arbeiter Heinrich Koppe, der im Hause Prinz-Regentenstraße 72 wohnt, von einem Pferde des ebenfalls dort wohnenden Milchhändlers Gustav Remle vor den Unterleib geschlagen und so schwer verletzt, daß er nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus geschafft werden mußte. Hier ist er wenige Stunden später seinen schweren Verletzungen erlegen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zunächst auffarend bei mäßigen südwestlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung bei erheblichen Niederschlägen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Parteigenossen und Genossinnen!

Die Notiz in der Sonntagsnummer war falsch. — Der Bezirksvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in Anbetracht der fortgeschrittenen Bedeutungslosigkeit den wöchentlichen Beitrag pro Juli für Männer auf 600 M. und für Frauen auf 200 M. festzusetzen. — Die sich bereits in den Händen der Kassierer befindlichen Marken müssen deshalb für Juli doppelt geliebt werden. — Außerdem wurde beschlossen, daß für den Monat Juni nachträglich ein obligatorischer Extrabeitrag von 500 M. für Männer und 200 M. für Frauen erhoben wird. — Das Eintrittsgeld beträgt vom 1. Juli an 600 M. für Männer und 200 M. für Frauen. Die vorhandenen Eintrittsmarken müssen hierfür in entsprechender Anzahl verwendet werden. J. A.: Alex Pagels.

Sport.

25 Jahre Radrennbahn Treptow. Die kleine Treptower Radrennbahn hatte gestern ihren großen Tag. Galt es doch, das 25jährige Bestehen des vom Volksmunde benannten „Rudellops“ zu feiern. Vertreter von Staat, Gemeinde und prominente Sportleute waren erschienen und hoben in Ansprachen die Verdienste des Bahnbefähigsten Paul Schwarz und dessen treuen Gefährten Ernst Wille, die sie sich um die Hebung des deutschen Radsports erworben haben, hervor. Direktor Häuser vom Jugendamt der Stadt Berlin überbrachte in Vertretung des Oberbürgermeisters Böß die Glückwünsche des Magistrats, während vom Reichsministerium des Innern Dr. Falk gratulierte.

Nachmittags begannen die Rennen, die durchweg guten Sport zeigten. Vorerst fuhr man den Ernst-Wille-Jubiläumspreis aus, ein Vorgabefahren über 3 Runden. Hier ging hahn als Sieger vor Binzelberg durchs Ziel. Das Hauptfahren für Amateure über 3 Runden brachte den Sieg R. Padebusch. Die Bürge des Sonntags bildete der für die Dauerfahrer referierte Große Jubiläumspreis über zwei Ränge von je 40 Kilometer. Sawall, der beide Ränge gewinnen konnte, hatte recht beachtenswerte Gegner in Oskar Tieg und in dem Halländer Bermeer gefunden. Stollbrint, der bei Beendigung des ersten Ranges 800 Meter zurücklag, vermachte seine Lage im zweiten Lauf erheblich zu verbessern. Das Mannschaftspunktfahren über eine Stunde nach Art der Sechstagerrennen führte 11 Paare ins Feld. Die Mannschaft Otto Tieg hahn siegte mit 22 Punkte vor Schwab-Hoffmann, die 15 Punkte erreichten.

Resultate: Ernst-Wille-Jubiläumspreis, ein Vorgabefahren über 3 Runden: 1. Oskar Tieg und Oskar Tieg, 2. Binzelberg, 3. Padebusch, 4. Röhler, 5. Rembecker, 6. Hauptfahren für Amateure über 3 Runden: 1. R. Padebusch, 2. Schreiber, 3. Rühl, 4. Schuppenhauer, Großer Jubiläumspreis, zwei Ränge von je 40 Kilometer, Gesamtergebnis: 1. Sawall, 2. Oskar Tieg, 79,300 Km., 2. Bermeer 79,10 Km., 4. Stollbrint 79,000 Km., Mannschaftspunktfahren über eine Stunde, 6 Runden mit 4 bis 1 Punkten: 1. Bermeer (10 Minuten): 1. Otto Tieg, 2. Schwab, 3. Padebusch, 4. Röhler, 5. Bermeer (20 Minuten): 1. Oskar Tieg, 2. Hoffmann, 3. Rühl, 4. Röhler, 5. Bermeer (30 Minuten): 1. Padebusch, 2. Tieg, 3. Schull, 4. Schwab, 5. Bermeer (40 Minuten): 1. Hoffmann, 2. Oskar Tieg, 3. Röhler, 4. Bermeer (50 Minuten): 1. Tieg, 2. Schull, 3. Padebusch, 4. Schwab, 5. Bermeer (1 Stunde): 1. Hoffmann, 2. Bernack, 3. Pizek, 4. Stollbrint, 5. Otto Tieg, 6. Oskar Tieg, 7. Schwab, 8. Hoffmann 15 Punkte, 9. Röhler, Padebusch 8 Punkte, 4. Rühl, Rembecker 5 Punkte, 5. Schull, Reinas 5 Punkte.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, den 1. Juli.

1. Rennen. 1. Marene (Frettag), 2. Dorothea (Feinrich), 3. Blaziff (Günter). Toto: 36:10. Wagh: 17:19:10. Ferner lief: Großconbo.
2. Rennen. 1. Edwind (Hollenberg), 2. Lauoyon (H. Ruppert), 3. Sonnenkönig (Dlejnif). Toto: 55:10. Wagh: 19:16:22:10. Ferner liefen: Tielert, Morgensack, Giesbäcker, Nichte, Doktor, De, Leon.
3. Rennen. 1. Portala (Janst), 2. Almann (Dlejnif), 3. Laufend Mark (Kasper). Toto: 178:10. Wagh: 46:57:32:10. Ferner liefen: Gaidal, Summ, Petrus, Barde, Kachwin, Sanguinier, Wälschurm, Karr, Gontiner.
4. Rennen. 1. Edjoit (Raltenberg), 2. Rotung (Leichmann), 3. Verlies (Kasper). Toto: 13:10. Wagh: 12:16:10. Ferner lief: Ordensritter.
5. Rennen. 1. Casa Bianca (D. Schmidt), 2. Palada (Rudwig), 3. Conlanga (Quagenin). Toto: 29:10. Wagh: 12:14:15:10. Ferner liefen: Lea, Jungferrede, Bissl, Bimbinger.
6. Rennen. 1. Papp (Maltzenburg), Calania (Rudwig), 2. Pineska (Rostin). Toto: 17:10. Wagh: 11:13:15:10. Ferner liefen: Milton, Eila, Reicher, Trost, Diplomat, Delimitante.
7. Rennen. 1. Anira (I. Ruhl), 2. Nigt (D. Schmidt), 3. Conventio (Creede). Toto: 253:10. Wagh: 64:18:43:10. Ferner liefen: Alexander Holländer, Don Eintou, Tasso, Gannace, Gättrud, Bjerck, Otavi, Osterlich.

